

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für den Monat 100,— Mark.

Verlag Heinrich Jahnbrach, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 53-55, Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Teleg.: Textilverband Düsseldorf.

## Zum Jahreswechsel.

Es senken sich des alten Jahres Schatten.  
 Die Erde deckt ein weißes Leichentuch.  
 Des Christbaums Kerzen löschen und ermatten.  
 Ein Jahr gestrichen aus dem Lebensbuch.  
 Mit frischem Mute ist es einst begonnen;  
 Viel gute Wünsche gaben das Geleit.  
 Im Schaffensdrange ist die Zeit verronnen.  
 Ein Wogenschlag ins Meer der Ewigkeit.  
 Hat sich verlagert nun auch so manches Hoffen,  
 Ein großes Ziel gewinnt im Zeitentlauf.  
 Drum was für uns dabei nicht eingetroffen,  
 Beschließt der Wunsch: Du neues Jahr „Glück auf!“

## Der Reichswirtschaftsrat zum Arbeitszeitgesetz.

In Deutschland ist die Arbeitszeit noch nicht gesetzlich geregelt. Die Regierung hat im vorigen Jahre einen Gesetzentwurf über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter eingebracht, mit dem sich der Sozialpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats und ein besonderer Arbeitsausschuss in rund 30 Sitzungen beschäftigte. Den vom Sozialpolitischen Ausschuss umgestalteten Entwurf behandelte der Reichswirtschaftsrat in seinen Plenarsitzungen vom 13.—15. Dezember. Noch bei keiner Verhandlung dieses Wirtschaftsparlamentes sind die Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern so scharf hervorgetreten wie bei der Beratung dieses umstrittenen Gesetzentwurfes. Die zahlreichen Abänderungsanträge der Abteilung I (Arbeitgeber) und besonders auch die leidenschaftliche Art, mit der diese Anträge vertreten wurden, bedeuteten die schärfste Kampfanlage gegen die gewerbliche Arbeiterschaft.

Die Arbeitgeber hatten vorläufig — wohl aus tatsächlichen Gründen — darauf verzichtet, die gänzliche Beseitigung des Achtstundentages bezw. der 48-Stundenwoche zu fordern. Sie beantragten jedoch die zwangsweise Einführung so vieler Ausnahmen, daß praktisch der Achtstundentag beseitigt wird, wenn das Gesetz in dieser Fassung zustande kommen sollte.

So würde z. B. nach § 18 die gesetzliche Arbeitszeit nicht gelten für Arbeiten, die in Notfällen und bei nicht vorherzusehenden Unterbrechungen des Betriebes durch Naturereignisse oder Unglücksfälle, und ferner zur Verhütung von Störungen, Verzögerungen oder Gefährdungen der Produktion, der Güterverteilung und der Erhaltung bezw. Sicherung von Werten aller Art, sowie im öffentlichen Interesse unverzüglich eingeleitet oder vorgenommen werden müssen.

Schon durch diese Fassung wird dem Unternehmer ein Freibrief ausgestellt, nach Lust und Liebe überarbeiten zu lassen. Weit schlimmer noch sind jedoch die Bestimmungen der §§ 19 und 20. In § 19 verlangen die Unternehmer:

Soweit in Gewerben Tarifverträge abgeschlossen werden, sind darin weitere Ausnahmen aufzunehmen. Tarifverträge haben grundsätzliche Bestimmungen über die Zulässigkeit und den Umfang der zu leistenden Ueberstunden zu enthalten.

Diese Tarifbestimmungen müssen Rücksicht nehmen auf die jeweilige wirtschaftliche Lage, die Bedürfnisse und das Gedeihen des Gewerbes, für das der Tarifvertrag abgeschlossen wird. Insbesondere sind die tariflichen Vereinbarungen über Ueberstunden der Gesamtkonjunktur des Landes, der Einzelkonjunktur des Gewerbes und den jeweiligen wechselnden Bedürfnissen des Einzelbetriebes, soweit Gesamtinteressen dadurch nicht verletzt werden, so anzupassen, daß die Gesamtproduktion, die Güterverteilung und der Verkehr an keiner Stelle beschränkt oder verzögert wird.

Sie haben sich ferner zu erstrecken auf Vereinbarungen über Ueberstunden zur Verhütung der Unterbrechung oder Verzögerung einer Arbeit durch Störungen oder Verzögerungen in den vorhergehenden Arbeitsgängen, oder um es zu ermöglichen, im Falle außergewöhnlicher Häufung von Aufträgen den Anforderungen des Betriebes nachzukommen.

Was hier gefordert wird, ist nichts weiteres als die Aufhebung des gesetzlichen Achtstundentages durch Bestimmungen des Tarifvertrages. Es handelt sich um Vorschriften, die nicht umgangen werden können. Ein Tarifvertrag, der die vorgesehenen Ausnahmegestimmungen nicht enthält, ist gesetzlich ungültig. Damit haben die Arbeitgeber auch schon der Schaffung eines neuen Tarifrechts vorgegriffen. Praktisch würden diese Ausnahmegestimmungen für unsere Textilindustrie mit ihrem ausgeprägten Saison- und Konjunktur-Charakter den Achtstundentag für die Zeiten guten Geschäftsganges vollständig beseitigen. Das können sich die Textilarbeiter unter keinen Umständen bieten lassen. Bei allen Tarifverhandlungen würde ein scharfer Kampf entbrennen gegen die gesetzlich vorgesehenen und von den Arbeitgebern darüber hinaus verlangten Ausnahmegestimmungen. Eine Verstärkung würde unseres Erachtens in keinem Falle erzielt. Praktisch würde dadurch der Abschluß von Tarifverträgen unmöglich gemacht. Ziel ist das auch der Wille und das Ziel scharfmacherischer Unternehmer. Kommt keine tarifliche Regelung zustande, so gilt nach § 20 folgendes:

Bei außergewöhnlicher Häufung der Arbeit sowie in Gewerben, in denen regelmäßig zu gewissen Zeiten des Jahres ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt, oder deren Betrieb ihrer Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist, kann mangels einer tarifvertraglichen Einigung auf Antrag des Unternehmers für einzelne Betriebe oder Betriebsabteilungen eine abweichende Regelung der Arbeitszeit an 60 Tagen im Jahre durch den Gewerbeaufsichtsbeamten zugelassen werden.

Für mehr als 60 Tage sowie für einzelne Gewerbezweige kann an Stelle des Gewerbeaufsichtsbeamten die höhere Verwaltungsbehörde auf Antrag Ausnahmen der in Absatz 1 bezeichneten Art widerruflich bewilligen.

Allgemeine Ausnahmen der vorbezeichneten Art werden an Stelle der höheren Verwaltungsbehörde von der Landeszentralbehörde und für den Bereich der Länder vom Arbeitsminister bewilligt.

Nach § 21 ist zudem der Reichsarbeitsminister ermächtigt, noch weitere Ausnahmen zu gestatten.

Es sei noch hinzugefügt, daß nach der Regierungsvorlage die Ueberstunden mit 25% Zuschlag bezahlt werden sollten. Auch diese Bestimmung ist auf Antrag der Arbeitgeber gestrichen.

Lehrlinge dürfen überhaupt täglich eine Stunde länger als Anwärterarbeiten beschäftigt werden.

Da Arbeitsbereitschaft generell nicht als Arbeitszeit gelten soll, würden insbesondere die Arbeiter der Ausrüstungsindustrie meist eine wesentlich längere Arbeitszeit als die gesetzlich vorgesehene haben.

Die Arbeitgeber haben zudem durch ihre Anträge den nach den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses vorgesehenen Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeiter fast vollständig beseitigt. Darüber wird in einem weiteren Artikel noch näheres zu sagen sein.

Die Arbeitgeber haben mit ihren Anträgen hemieden, welchen Kurs sie fördern wollen. Es wurde bei der Begründung der Anträge ganz offen zum Ausdruck gebracht, daß die Reparationsleistungen in erster Linie durch eine Verlängerung der Arbeitszeit aufgebracht werden sollen.

Die wichtigsten Gegenstände der Arbeitnehmervertreter waren in den Wind gesprochen. Bezeichnenderweise haben auch die meisten Vertreter der Abteilung III (Freie Berufe) des Reichswirtschaftsrats den Arbeitgeberanträgen zugestimmt. Insbesondere mußte es auffallen, daß einige führende sozialdemokratische Persönlichkeiten der Abteilung III mehrfach mit den Arbeitgebern gegen die geschlossene Einheitsfront der Arbeitnehmer stimmten.

Der Entwurf geht nunmehr dem Reichstage zu, wo er gleich nach Neujahr zur Verhandlung kommt. Aufgabe unserer Mitglieder muß es sein, auf alle

ihnen bekannte Reichstagsabgeordnete hinhinzuwirken, daß sie dem Gesetze eine Fassung zu geben versuchen, die den berechtigten Anforderungen der Arbeiterschaft entspricht. Eine solche Fassung ist in den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates zustande gekommen. Mögen unsere Kolleginnen und Kollegen die weitere Verhandlung dieses Gesetzentwurfes im Reichstage aufmerksam verfolgen und sich über die Stellungnahme der einzelnen Abgeordneten genau unterrichten. Wer im Reichstage den für die Arbeiterschaft ganz unannehmbaren Forderungen der Unternehmer zustimmt, wird sicher gerne bei den nächsten Wahlen auf die Stimmen der Arbeitnehmer verzichten.

## Konzernbildungen in der deutschen Industrie.

Die gutorganisierten Kartelle, so schreibt Eiesmann, suchen auf eine gleichmäßige Preisgestaltung hinzuwirken, was auch für die ganze Volkswirtschaft von Vorteil ist. Sie sind in Zeiten des Aufschwunges maßvoll in den Preiserhöhungen, halten dafür aber auch in Niedrigzeiten die Preise aufrecht. Von maßvollen Preiserhöhungen der Kartelle ist aber besonders zur Zeit recht wenig zu hören.

Kürzlich wurde im Handelsteil der „Frankfurter Zeitung“ ein Bericht veröffentlicht über eine Generalversammlung der Norddeutschen Jutespinnerei und -weberei in Hamburg. In diesem kurzen Bericht wurden die eigentlichen Zwecke der Konzernbildungen in unserer Industrie kurz folgendermaßen dargestellt: Der Konzern kann von seinem Sitz in Hamburg aus einen recht erheblichen Teil des deutschen Rohstoffbedarfes übersehen und dann das Angebot günstiger wahrnehmen. Zu diesem Vorteil tritt — ganz abgesehen von der Verbilligung aller Regaleisen — der für den Kundenkreis der Gesellschaft überaus wichtige Vorteil hinzu, daß jede einzelne der angeschlossenen inländischen Fabriken sich nur noch einem örtlich begrenzten Aktionsradius zu widmen braucht, denn es werde die Zurechtweisung der Aufträge an jede der zukünftigen Fabriken durch die Zentralstelle unter dem Gesichtspunkt der Frachtersparnis erfolgen. Die Hamburger Fabriken sollen auf diese Weise vom Inlandsgeschäft entlastet werden und so in die Lage kommen, sich überwiegend dem Exportgeschäft zu widmen.

Damit aber seien die Pläne der Gesellschaft noch nicht erschöpft. Um die Ziele zu erreichen, sei beabsichtigt, die überschüssige Juteindustrie A.-G. in Oppeln zu erwerben. Ferner sei die Gesellschaft bestrebt, sich die Kontrolle der deutschen Textilvereinigung A.-G. zu sichern, schon aus dem Grunde, weil diese über ausgedehnte Handels- und Absatzorganisationen verfüge, welche letztere auch wertvolle Verbindungen nach dem Ausland sichern. Endlich sei ins Auge gefaßt, auf dem Gebiete der Fabrikation und des Betriebs der Erleichterstoffe kontrollierend einzugreifen.

Man braucht nur den in diesem Bericht kurz angeführten Gesichtspunkt der Ersparnis und der Verbilligung gelten zu lassen, dann muß man tatsächlich feststellen, daß den Konzernbildungen der Unternehmer in der heutigen Wirtschaftsordnung ganz ohne Zweifel eine gewisse Bedeutung nicht abgesprochen werden kann. Der rücksichtslose Kampf der einzelnen industriellen Unternehmungen gegeneinander ist, wenn dabei auch der Konsument unter Umständen die Waren billiger bekommt, doch volkswirtschaftlich keineswegs günstig. Meistens bedeutet der Kampf — man denke nur an die Riesenausgaben für Reklamezwecke — eine große Kapitalverschwendung. Bei uns in Deutschland sind die Kartelle dann auch ein Gegengewicht gemeint gegen eine andere Entwicklung, wie sie sich namentlich in Amerika vollzogen hat. Nach größtem Konkurrenzkampf haben dort die größten Unternehmungen schließlich alle anderen verdrängt und sind dann zur Bildung von Trusts geschritten. Das sind dort große Unternehmungen, die zu einer einzigen verschmolzen wurden.

Jedes Ding auf dieser Welt hat aber nicht nur Licht, sondern auch Schattenseiten. Das gilt auch für die Konzernbildungen in der deutschen Industrie. Eine große Gefahr der Kartelle liegt in den übermäßigen Preisfestsetzungen, wodurch eben die monopolistische Stellung zum Ausdruck kommt. Eine weitere Gefahr besteht darin, daß sie zur Gründung von immer neuen

Unternehmungen und zur übermäßigen Vergrößerung der bestehenden Anreize geben und damit eine Ueberkapazität in den betreffenden Gewerben verursachen.

So hat die seit Anfang dieses Jahres sich immer mehr entwickelnde Hauße-Konjunktur auf dem Textilmarkt die Industriekartelle angeregt, ihre Machtmittel immer noch stärker zu entfalten.

In einem mit Kartelle, Syndikate, Trusts und Arbeitnehmerschaft überschriebenen Artikel von Christoph Schwane in der "Deutschen Arbeit", Oktoberheft 1922, wird unter anderem auch darauf hingewiesen, wie fast sämtlich die Preis-konventionen in der Textilindustrie ausgebildet seien.

Zwischen einer Anzahl von Kartellen und Verbänden der Herrenkleiderfabrikanten einerseits und den Vereinigungen von Tuchfabrikanten und Mehereren andererseits besteht ein Vertrag zu gegenseitiger Unterstützung im Kampf gegen Außenwettbewerb, daß die Kleiderfabrikanten nur unter den Mitgliedern der Nachlieferungsverbände kaufen, während umgekehrt die Stofffabrikanten ihre Ware nur an die Mitglieder der kartellierten Kleiderverbände abgeben dürfen.

Eine ungemein scharfe, aber völlig berechtigte Attacke rettet Schwane gegen die neue Zuckerwirtschaftsstelle, die eine rein privatwirtschaftliche Einrichtung sei, ein Kartell der fast lückenlos in einem Zuckerkartell zusammengeschlossenen Zuckerfabrikanten.

Gleichgültig gehen die Kartellherren und die dafür bezahlten Syndici zu, wie Millionen unterernährter Kin-

der und Volksgenossen noch weiter verelenden, wie durch die Knappheit der Waren eine Ursache zu anderen für einen neuen alles zerstörenden Umsturz gesetzt wird, einem Umsturz, der den hoffnungsvollen Frühling einer sich entwickelnden Volks- und Volksgemeinschaft vielleicht restlos vernichtet.

Die wenigen hier angeführten Beispiele beweisen schon genügend, wie Macht und Einfluß des kartellierten Unternehmertums auf wirtschaftlichem Gebiete immer größer werden. Der Macht- und Gewinneinfluß der Unternehmungskartelle auf politischem Gebiete ist aber nicht geringer einzuschätzen.

Die Entwicklung der Kartell- und Konzernbildungen im Lager der Unternehmer läßt — so bedauerlich die Tatsache an sich ist — in Zukunft ein viel größeres und schärferes Ringen zwischen Kapital und Arbeit als möglich erscheinen. Die wichtigste Lehre, die sich darum für uns organisierte Arbeitnehmer aus dem Gesagten ergibt, ist die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrer Kampfmittel.

Aber nicht nur allein als Arbeitnehmer, sondern auch als Verbraucher und Abnehmer von Erzeugnissen aller Art können und dürfen wir die Produktions- und Preispolitik der Kartelle nicht guthießen. Eine Einwirkung auf die Politik der Kartelle kann durch die Betriebsräte, durch die noch auszubauenden Betriebswirtschaftsräte und den Reichswirtschaftsrat ausgeübt werden.

Einkommensteuersätze für 1922.

Table with 2 columns: Einkommen (Income) and Steuersatz (Tax Rate). Rows include categories like 'Für die ersten angefangenen oder vollen 300000 M.', 'weitere 300000 M.', etc., with rates ranging from 10% to 60%.

Ab 1. Januar 1923 gelten folgende Steuersätze: Für die ersten angefangenen oder vollen Million Mark 10 Proz., steigend mit jeder weiteren angefangenen oder vollen Million um 5 Proz. bis zu 25 Proz.;

Sozialpolitisches.

Familienwochenhilfe und Wochenfürsorge.

Als ein Zeichen der fortschreitenden Geldentwertung ist es anzusehen, daß der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages immer wieder daran gehen muß, die Bestimmungen über die Leistungen der Sozialversicherung und sozialen Fürsorge zu ändern.

- 1. Pauschbetrag bei Erstattung des Wertes der freien Ortsbehandlung 4000 M. (500 M.)
2. Pauschbetrag bei Entbindungen und Schwangerschaftsbeschwerden 2000 M. (500 M.)
3. Wochengeld 50 M. (15 M.)
4. Stillgeld 120 M. (25 M.)

Der Gesamtaufwand des Reiches betrug nach den Verordnungen vom 22. September 1922 insgesamt 1,455 Milliarden Mark. Nach den neuen Entwürfen der Reichsregierung waren vorgesehen 2,710 Milliarden Mark.

Allgemeine Rundschau.

Eine Rundgebung des Gesamtverbandes

Die am 6. Dezember tagende Sitzung des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nahm folgende Entschliessung an:

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands teilt die Sorgen und die Enttäuschung, die die gesamte Mitgliedschaft seiner Verbände mit der übrigen Bevölkerung im besetzten Gebiete infolge der neuerlichen Verdrängung des Rheinlandes durch den französischen Imperialismus erfährt.

Es ist genug der Vergewaltigung des Reiches! Es ist genug des Leidens und der Not! Jetzt muß aufgebaut und nicht neu zerstört und zerrissen werden.

Trotzdem!

Drusche ist trübe Novemberstimmung! Die ungestillte, garstig-rauhe Witterung ladet nicht ein, dem Treiben auf der Straße zuzuschauen.

Novembertage — Novemberstürme! Vor vier Jahren brach ein Volk und Heer, das jahrelang Ungehenerliches, in der Geschichte noch nie Dagewesenes geleistet hatte, an der juchharen Ueberspannung seiner Kräfte zusammen.

Wieder durchziehen wie damals im November Arbeitermassen die Straßen der Großstadt. Kein einseitiger Wille leitet sie. Kein großes, fernes Ziel steht vor ihren Augen.

letztmörder! Dem vorbeigehenden französischen Offizier mit der Reitpeitsche in der Hand, der Zigarette in dem Mund und dem verächtlichen Lächeln um den Lippen mit lautem „Hallo“ und „Achtung“ unterwürfig ein Weg durch die Masse gebahat.

Gruppen und Grüppchen sondern sich ab. Bald bilden sich auch hier Parteien. Ruhig überlegende, klar denkende Arbeiter, die schon manchen Sturm über sich ergehen ließen und oftmals mit gradem Rücken vor dem Arbeitgeber standen, wenn es galt, gerechte Forderungen der Arbeitnehmer zu vertreten, werden von der Gegenseite, den jugendlichen Schreibern, die mit Knütteln in der Hand den „Bremsern“ ihre bessere Meinung beibringen wollen, niedergedrückt.

Einige der Umstehenden schauen den Redner verständnislos an. Die meisten aber brüllen „Bravo“. Feiern den tüchtigen Aktionsausführer, der endlich einmal klare Bahn geschaffen hat.

Nationsausschusses brachte ihn zum Kopfschütteln. Wären es nur einzelne gewesen, die mitgeschrien hätten. Wären nur wenige Köpfe so dieser verdrängten Hirnorgane. Zu viele sind irreführt. Wohl litten und leiden alle unter der ungerechten Behandlung und Ueberwertung. Viele sind durch und durch erfüllt von Mißtrauen gegen das Unternehmertum.

Ja, da war der Weg, da war die Tat, die auch den Menschen von heute, den abgehetzen und geplagten, die Mühselig und Beidenen emporführen könnte. Darum auch nicht an der Gegenwart verzweifelt und nicht verzagt! Trotz all der Enttäuschungen, trotz der vielen Fehlschläge, trotz der Verblendung breiterer Massen, Aufwärts müssen wir! Aus den Niederungen des brutalen Egoismus durch aufmerksame Lathereihaft mit dem Lichte der Liebe, getragen von echtem Martinusgeist in eine bessere und höhere Zukunft.

Band des Gesamtverbandes vertraut darauf, daß die christliche Arbeiterkraft des Rheinlandes im ersten Weltkrieg...

Was das Volk sagt.

Die Moskauer "Pravda" bringt an leitender Stelle unter der Ueberschrift: "So kann es nicht weitergehen..."

Aus unserer Industrie.

Händler im Kampfe gegen Kartelle.

Ein interessanter Streitfall wird zur Zeit zwischen dem Zentralverband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten...

So selten auch von diesen Schritten ein nachhaltiger Erfolg zu beobachten war - er scheiterte meist an der unzureichenden Organisation...

Betriebs einschränkungen in den österreichischen Textilindustrien.

In den nieder- und oberösterreichischen Spinnereien ist nach einer Mitteilung des "Neuen Wiener Tagblattes" vom 24. November die Arbeit auf drei Tage in der Woche...

Gegen die Preispolitik der Kartelle.

Der Reichsverband für Damen- und Mädchenkleidung hat in einer von vielen hundert Mitgliedern aus dem Reich besuchten Versammlung...

Umstellung der Zigarrenfabrikation auf Textilwarenherstellung.

Infolge Rückgangs der Zigarrenfabrikation stellen laut telegraphischer Meldung mehrere Thüringer Zigarrenfabriken...

Beilegung der Differenzen in der Wirtkerze-Industrie.

In den Verhandlungen des Vereins Deutscher Wirtkerze-einerseits mit dem Reichsbund des Textil-Einzelhandels...

Aus der internationalen Textilindustrie.

Mangel an Arbeitern in Nordamerika - in neun Monaten 58 neue Textilfabriken errichtet.

In einem sehr beachtenswerten amerikanischen Wirtschaftsbrieft vom Ende Oktober den die Frankfurter Zeitung veröffentlicht sind folgende interessante Tatsachen mitgeteilt:

Bei einer Erörterung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in Amerika muß vor allem des Mangels an Arbeitern gedacht werden...

Angehts des Mangels an Arbeitern ist nicht zu erwarten, daß die durch den Krieg so sehr aufgeblähten Preise für alle Lebensnotwendigkeiten bald niedriger werden...

Aus unserer Bewegung.

Schulungskursus für die Betriebsratsmitglieder im Aufstufkurs.

In diesem Frühjahr hat das Ausführungsgezet zum § 70 BRG Wirksamkeit erhalten. Der christliche Textilarbeiterverband hat rund 30 Betriebsratsmitglieder...

Um diesem Ziele näher zu kommen, entschloß sich die Leitung unseres Verbandes, solche Betriebsräte, die Aufstufkursmitglieder sind...

Der Verlauf war durchaus befriedigend. Die Schulverwaltung Düsseldorf hatte bereitwillig einen Hofsaal der Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung zur Verfügung gestellt.

Kollege Fahrendrach sprach in seinem einleitenden Vortrag über die allgemeine Wirtschaftslage unter besonderer Berücksichtigung der Einwirkung der Reparationsforderung auf unser Wirtschaftsleben.

Die Teilnehmer folgten den Ausführungen mit größtem Interesse. Aus der Diskussion klang immer wieder heraus, daß für die Betriebsratsmitglieder eine eingehende Schulung ungenügend notwendig ist...

Das Ziel wird aber nicht erreicht, wenn nicht innerhalb der Bruderverbände die Betriebsräte organisiert und nach oben im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften bezogen...

lichen Gewerkschaften bezogen, im DGB zu einer machtvollen Organisation vereinigt werden. Dann erst haben die Betriebsratsmitglieder und die Aufstufkursmitglieder...

Diesem Gedanken diente die erste Tagung der Aufstufkursmitglieder unseres Verbandes. Sie berechtigt uns, fest daran zu glauben...

Gaukonferenz für Säckingen, Waldshut, Zell i. W. und Lörrach.

Auf Sonntag, den 3. Dezember 22, wurden die Ortsgruppenvorsitzenden sowie auch zum Teil die Vertrauensleute der vier Lokalbezirke Säckingen, Waldshut, Zell i. W. und Lörrach...

Die warmen Dankesworte, die Kollege Rümmele nach dem Referat an Kollegen Fischer richtete, waren aus dem Herzen aller genommen...

Der zweite Punkt der Tagesordnung war dem Kollegen Rümmele zur Aufgabe gestellt. Das Referat war betitelt: "Die Notgemeinschaft".

1. Die am Sonntag, den 3. Dezember, abgehaltene Gaukonferenz ist einstimmig dafür, daß zur Einberufung der Sozial- und Kleinrentnernotkommission zwei Ueberstunden geleistet werden sollen.

2. Es ist den einzelnen Betrieben anheimgestellt, wie die Sache gehandhabt werden soll.

3. Wo die Mehrheit für die Berrichtung der Notgemeinschaftsstunden ist, sollen sie geleistet werden, wenn nicht, gilt die Sache für erledigt.

4. In den Betrieben, wo keine Ueberstunden geleistet werden, kann der Verdienst von einer halben Stunde abgezogen werden.

5. In der Notgemeinschaftskommission soll auch die Arbeitererschaft zur Orientierung der Verwendung des Geldes vertreten sein!

Bezirkskonferenz für die Rheinpfalz.

In Lambrecht fand am 12. 12. eine Bezirkskonferenz für die Pfalz statt. Der Besuch war ein sehr guter. Eine kleine Ueberschätzung wurde den Delegierten gemacht...

Nach dem Essen nahm die Konferenz ihren Anfang. Kollege Schäfer-Lambrecht leitete die Konferenz. Unser Bezirksleiter, Kollege Weber-Hagen, brachte die Grüße des Zentralvorstandes an die Pfälzer Mitglieber...

Nachdem die Delegierten Bericht über ihre Gruppen gegeben hatten, hielt Kollege Weber ein zeitgemäßes Referat, das uns viel Neues und Lehreiches brachte. Die Diskussion war lebhaft. Mit Freuden konnte man konstatieren, daß die gewerkschaftliche Aufklärung und Bildung...

Einem Ouzelbrot den Pfälzer Kollegen und Kolleginnen für ihre Arbeit auf gemeinschaftlichem Gebiete und ermunterte uns, auch fernerhin in diesem Sinne weiter zu wirken.

NS. Den Erfolg der Konferenz kann man daraus erkennen, daß einige Gruppen gleich nach der Konferenz die höchsten Beiträge eingeführt haben. Andere sind nachgefolgt. Wenn wir uns von dem Gedanken leiten lassen, was ich für meinen Verband tue, ist für mich, für meine Familie und Mitarbeiter, wenn wir es mit frohem Herzen tun, ja, dann kommen wir vorwärts, kommen auch über die schwere Zeit hinweg. Darum, ihr lieben Pfälzer und Hessen, frisch ans Werk! Kasten heißt rosten. Können wir die Gelegenheit aus. Unser Verband, unser Haus muß werden eine Festung, mag dann der Sturm uns wild umhauen, abprallen muß er an unserer Geschlossenheit und an unserm Gottvertrauen.

### Aus der internationalen Arbeiterbewegung.

#### Ein englischer Arbeiterführer über die Friedensverträge.

Bei der Unterhausdebatte über die Arbeitslosigkeit erklärte das Arbeitermitglied Philipp Snowden, die Friedensverträge hätten das Wirtschaftsleben der großen Handelsstaaten Europas zerstört.

Die Lösung der Schwierigkeiten sei, diese Märkte wiederherzustellen. Die Währungsfrage sei nicht die Ursache, sondern das Symptom der Zerstörung eines organisierten Finanzsystems und der einzige Weg, um die Währung zu stabilisieren sei, den Handel zu seinen normalen Bedingungen zurückzubringen. Das erste, was getan werden müßte, um den englischen Außenhandel wiederherzustellen, sei, einen dauernden Frieden in Europa zu schaffen und künftige Kriege unmöglich zu machen. Es werde keine Rückkehr zur Wohlfahrt geben, bis nicht die Reparationsfrage geregelt sei. Reparationen seien mit einem zweiseitigen Schuldverhältnis, er bringe Glück, wenn die sie bezahlten und Frieden, den sie empfangen. Es sei eine wirtschaftliche Wahrheit, daß keine Nation durch Kriege gewinnen könne, und, wenn Deutschland die Reparationen bezahlen könne, so würde es nicht zum Vorteil Englands sein, wenn Deutschland zahlte. Früher oder später müßte der Lasten gegenüber getreten werden, daß man Reparationen von Deutschland nur auf eine Weise erhalten könne, indem man Deutschland wieder auf die Beine kommen lasse, damit es der beste Abnehmer Englands würde.

Snowden forderte dringend die Anerkennung Russlands und wies darauf hin, daß durch die augenblickliche Politik die Möglichkeit zerstört werde, einen Anteil an dem Handel des größten schlummernden Marktes in der Welt zu erhalten, wenn Russland der Weltausbeutung eröffnet werde. Die Rede Snowdens machte, wie berichtet wird, auf das Haus einen tiefen Eindruck.

### Berichte aus den Ortsgruppen.

#### Eine kommunistische Probemobilmachung im Kreisfelder Industriebezirk.

Aus Bieren wurde der „Köln Volksztg.“ geschrieben: Der in einem Teile des niederrheinischen Textilgebietes von Kommunisten, Syndikalisten und Unionisten angezettelte wilde Streik ist infolge ergebnislos verlaufen, als die Arbeiter ihre Arbeit zum größten Teil wieder aufgenommen haben ohne daß eine ihrer Forderungen, deren wichtigste diejenige auf Zahlung der Löhne in Goldwährung war, von den Arbeitgebern auch nur zum Gegenstande von Verhandlungen gelangt, geschweige denn erfüllt worden wäre. Man würde aber die ganze Bewegung falsch beurteilen, wollte man sie lediglich als einen vorübergehenden Lohnstreik ansehen. Sie war mehr als das, sie war eine kommunistische Probemobilmachung, wie sie zunächst in Düsseldorf verjagt wurde, wie sie zurzeit bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik im Ludwigshafen-Mannheimer Gebiet zu beobachten ist und wie wir sie voraussichtlich in nächster Zeit auch in den verschiedenen Teilen Deutschlands als Einzelunternehmungen beobachten werden, gedacht als Vorläufer des großen kommunistischen Gesamtputsches, der uns endlich die Segnungen der Diktatur des Proletariats bringen soll. Und unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, hat der jetzt größtenteils beigelegte Streik im Industriegebiet von Dülken nach Süchteln sehr beachtenswerte Feststellungen infolge ermöglicht, als er das tabellarische Arbeiten einer offenbar von langer Hand vorbereiteten örtlichen Organisation gezeigt hat, die ihre Befehle von einer zentralen Zentrale empfangt und auf das genaueste ausführt. Die allenthalten in überreichem Maße erhaltene Verbindung von Aktionsausschüssen, diesen kommunistischen Stützpunkten, das Stilllegen der Betriebe durch einfache Radfahrerpatrouillen, das Herausholen der Belegschaften auf die Straße zu Protestmärschen, die an allen Streikorten gleichzeitig Forderungen, alles dieses gelang prompt und reibungslos, die Disziplin war musterhaft und machte ein Staunen der Polizei unnötig. Was noch fehlt, das war das offene Herausgreifen der höheren Führer, das wohl für den Erfolg am wichtigsten wird, und nicht allzuletzlich die Karten offenlegen, indem man die Durchführer der Teilmaßnahmen offen den örtlichen Führern überläßt.

Frägt man sich, wie es möglich war, daß so zahlreiche Arbeiter, darunter auch ruhige, ältere Leute, die seit langem schon gewerkschaftlich organisiert sind, sich so schnell von den Kommunisten für ihre rein politischen Zwecke mobilisieren lassen konnten, so findet man die einzige Erklärung in der großen, unauflöslichen feindseligen wirtschaftlichen Not der breitesten Schichten der Bevölkerung. Nicht Arbeitssorgen oder eine Sympathie mit den verbrecherischen politischen Zielen der Kommunisten sind die Ursachen der unbesonnenen Haltung der Massen, sondern die jähzornbare Not, mit der sie täglich im Verzweiflungskampfe gegen die Not, die ihnen tiefsten Grund in den Fesseln des Notstands von Versailles hat. Die fortwährenden Beschlüssen, Reparationen und was die Kommunisten alle heißen, mit denen das deutsche Volk seit dem Friedensverträge gequält wird, können, je erschreckender unser Wirtschaftsleben, können unsere Märkte von Tiefe zu Tiefe und weiter tiefen Boden zu einer Verelendung und einer Verelendung, die mit dem deutschen Reich auch die Siegerstaaten unserer ehemaligen Gegner unter seinen Trümmern begraben würden. Das Sturmzeichen am Niederrhein möge daher jenseits der Bogen nicht ein vorzeitiges Schloßen über den Beginn der Auflösung des Deutschen Reiches sein, sondern ein erstes Hagelzeichen sein, das gegen alle zu drohenden

Wenn auch die Entente die größte und entscheidende Verantwortung für den Zusammenbruch Deutschlands zu tragen hat, so vermischt das deutsche Volk von seinen Regierungshandlungen gegen Schieber- und Wucherer, jene verberberischen Auswüchse in unserem Volkstum, welche so gefährliche Rückwirkungen auf die Stimmungen in der gesamten Bevölkerung auslösen. Bitterste Not herrscht im Heim des weit überrotenden Teiles des deutschen Bürgertums, zahllose Familien sind nicht mehr in der Lage, für die kleinen Kinder das bescheidenste Quantum Milch zu beschaffen, die Brotpreise steigen ins Unerhörliche, aber einer dünnen Unterschicht — Oberschicht wäre zu viel gesagt — ist es zur gleichen Zeit immer noch möglich, in Bars, Dielen, Kabarets ein wüßtes Schlemmerleben zu führen, ohne daß bisher die gefährliche Möglichkeit geschaffen worden wäre, diesem schamlosen, die weitesten Bürgerkreise maßlos verbitternden Treiben Einhalt zu tun. Gewiß, es ist nur eine verhältnismäßig kleine Zahl, die sich heute noch Sekt und Auster als tägliche Leckerbissen gestatten kann, aber weil gerade diese kleine Zahl sich so deutlich von dem graufigen Elend der großen Masse abhebt, muß sie um so aufreizender wirken. Wird die Regierung sich hier bald zu einem energischen Schritt entschließen, oder will sie warten, bis Unruhen, kommunistische, in fremdem Solde stehende Partisanen, in verbrecherischer Ausnutzung der allgemeinen Volksstimmung Land und Volk in neues namenloses Unglück stürzen? Die Sturmzeichen am Niederrhein und in Ludwigshafen sollten ihr in dieser Hinsicht ein ernstes Menetekel sein!

#### Was steht uns der letzte Kommunistenputsch in der Rheinpfalz?

Wie aus den Tageszeitungen ersichtlich, ist es in der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen zu einem wilden Streik bezw. Aussperrung gekommen. Grund hierzu war die Entlassung von drei Betriebsräten, die trotz Verwarnung den Betriebsrätekonferenz in Berlin beifolgt. Die Kommunisten wollten diese günstige Gelegenheit zu einem Generalstreik ausnützen, doch die Arbeiterchaft der Städte Heidelberg, Mannheim, Speyer, Kaiserslautern und anderer Orte hatte keine Sehnsucht nach solch einem Vergnügen. Man winkte entschieden ab. Ja, selbst ein Teil der Ludwigshafener Betriebe arbeitete ruhig weiter. Mehr Glück hatten die Herren in Lambrecht. Dort ist es ihnen gelungen, die Arbeiter auf die Straße zu bringen. In einer großen Versammlung, die nach Arbeitslosigkeit im Pfälzer Hof stattfand, 1. Dezember, wurde die Legende verbreitet, die Direktor der Anilinfabrik habe an verschiedene Arbeiter Karten geschickt, worin nach Annahme folgender drei Punkte die Arbeit wieder aufgenommen werden könnte: 1. Einführung der 10-Stundenwoche, 2. Einführung von Akkordarbeit und 3. Austritt aus den Gewerkschaften. Da kein Arbeiter dies Schreiben vorweisen konnte, brachte man es doch soweit, das Märchen als Wahrheit hinzustellen. Bekanntlich gibt es in der Arbeiterbewegung kein geeigneteres Mittel, um die Massen für sich zu gewinnen, als ein Angriff auf die Konstitutionsfreiheit und den Wähltag. Die Leute ließen sich täuschen, trotzdem ihnen gesagt wurde, daß die Gewerkschaften gegen den Generalstreik seien und von einer Streikunterstützung keine Rede sei. Trotzdem stimmte man für den Streik. Die Gewerkschaften hatten jede Verantwortung abgelehnt. Man ging einfach über die Köpfe der Führer und Ortsverwaltungen hinweg. Es ging in den Streik ohne jede Ueberlegung. Die beiden Textilverbände sandten am Samstag, den 2. Dezember, einige Kollegen nach Ludwigshafen, um Erkundigungen einzuziehen, und siehe da, alles war glatter Humbug. Die Arbeiterchaft war betrogen. Große Empörung ergriff die Arbeiter gegen die Verbreiter dieser Unwahrheiten. Die Verbände wurden angerufen, um Verhandlungen wegen Wiederaufnahme der Arbeit anzubahnen. Dies ist es gelungen. Nach mehrmaligen Verhandlungen konnte dann am Dienstag früh 7 Uhr die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen werden. Wie vorauszu sehen, mußten leider acht Kollegen auf der Strecke bleiben und zwar solche, die mit dem Streik sehr wenig zu tun hatten. Nehmen wir noch den Lohnentgang dazu, die gegenseitigen Herabsetzungen und Schwägungen, dann muß sich die Arbeiterchaft fragen: Bis hierher und nicht weiter! Ganz besonders wir christlich-national geminteten Arbeiter bedanken uns für derartige Sachen. Wir lassen uns nicht für politische Ziele anderer Leute gebrauchen. Gerne kämpfen wir Schulter an Schulter mit andern Verbänden, aber nur zur Hebung unserer wirtschaftlichen Lage. Ein Haberfeldtreiben wird gegen uns einziehen. Der Kampf gilt den Gewerkschaften. Arbeiter, seid auf der Hut! Es gilt zu erhalten, was unsere älteren Kollegen in mühevoller Arbeit aufgebaut haben. Bleibt treu eurer Organisation und eures Führers, bleibt auch euch selbst treu. Kc.

### Besondere Bekanntmachungen.

Ein glückliches neues Jahr wünscht zum Jahreswechsel allen Verbandsmitgliedern Zentralvorstand u. Schriftleitung.

#### Die Aufgaben der Betriebsräte in der Textilindustrie.

Schwere Aufgaben haben unsere Betriebsräte zu lösen. An erster Stelle sollten die wirtschaftlichen Aufgaben stehen, die zweifellos in der dreijährigen Betriebsräteperiode im allgemeinen recht fleißig behandelt worden sind. Die obige Schrift will gerade hier eingreifen und den Blick der Betriebsräte auf dieses für die Gesamtarbeiterchaft wichtigste Gebiet lenken. Im zweiten Teil wird dann auch die soziale Tätigkeit bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen besprochen. Prof. Stephan Seizer, der Generalsekretär der Internationalen Vereinigung für geistliche Arbeiter, schreibt Ende August 1922: Empfinden Sie einen warmen Dank für die Zusendung. Es ist eine der aufschlußreichsten Schriften, die ich über diesen Gegenstand gelesen habe. Kein Betriebsratsmitglied sollte verpassen, sich diese Schrift anzuschaffen. In keiner Ortsgruppenversammlung darf das Buch fehlen. Kein Schulungskursus sollte abgehalten werden, ohne daß diese Brochure besprochen und vertrieben wird.

Der Preis für die 55 Seiten starke, geschmackvoll gebundene Schrift ist für Verbandsmitglieder 30 M., für Nichtmitglieder 60 M. Bestellungen sind durch die Sekretariate oder direkt bei der Zentralstelle zu machen.

### Bezirk Barmen.

Beitragsregelung für den rechtsrheinischen Tarifbezirk. Infolge der für Dezember eingetretenen Lohnrückbildung sind folgende Beitragsätze zwischen den beiden Textilarbeiterverbänden vereinbart worden:

	männlich:	weiblich:
14-jährige	50,- M.	50,- M.
15 "	70,- "	70,- "
16 "	70,- "	70,- "
17 "	110,- "	70,- "
18 "	140,- "	110,- "
19 "	140,- "	110,- "
20 " und darüber	240,- "	180,- "

Diese Beiträge werden ab der 51. Beitragswoche eingeführt. Mit kollegialem Gruß Die Bezirksteitung.

### Versammlungskalender.

Seidenheim. Sonntag, 14. Jan., nachm. 3 Uhr Generalversammlung im Lokal König Karl. Anträge sind bis 6. Jan. an den Vorstand einzureichen.

Odenkirchen. Mitgliederversammlung am 7. Januar, morgens 10.30 im Deutschen Ed. Schejter Saal; keine Getränke.

Odenrath. Große öffentliche Versammlung am 6. Januar, nachmittags 5.30 Uhr bei Spanger.

### Inhaltsverzeichnis.

Zum Jahreswechsel. — Artikel: Der Reichswirtschaftsrat zum Arbeitszeitgesetz. — Konzeptionsarbeiten in der deutschen Industrie. — Einkommensteuerätze für 1922. — Sozialpolitisches. — Familien: Trodem. — Allgemeine Rundschau: Eine Rundgebung des Gesamtverbandes. — Was das Volk sagt. — Aus unserer Industrie: Händler im Kampfe gegen Kartelle. — Betriebsbeschränkungen in den hiesigen Textilindustrien. — Gegen die Preispolitik der Kartelle. — Umstellung der Zigarettenfabrikation auf Textilwarenherstellung. — Beilegung der Differenzen in der Birkerei-Industrie. — Aus der internationalen Textilindustrie: Mangel an Arbeitern in Nordamerika — in neun Monaten 58 neue Textilfabriken errichtet. — Aus unserer Bewegung: Schulungskursus für die Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat. — Gaukonferenz für Siedingen, Waldshut, Zell i. M. und Lörrach. — Bezirkskonferenz für die Rheinpfalz. — Aus unserer Arbeiterinnenbewegung: Bei den schwebenden Arbeiterinnen. — Aus der internationalen Arbeiterbewegung: Ein englischer Arbeiterführer über die Friedensverträge. — Berichte aus den Ortsgruppen: Eine kommunistische Probemobilmachung im Kreisfelder Industriebezirk. — Was steht uns der letzte Kommunistenputsch in der Rheinpfalz. — Besondere Bekanntmachungen. — Versammlungskalender. — Die neuen Postgebühren.

### Ausgeweidet! Aufbewahren!

### Die neuen Postgebühren.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 15. Dezember 1922 an im Post-, Postfach- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

für Postkarten im Ortsverkehr 5 M., im Fernverkehr 15 M.  
für Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 10 M., über 20 bis 100 g 15 M., über 100 bis 250 g 25 M., im Fernverkehr bis 20 g 25 M., über 20 bis 100 g 35 M., über 100 bis 250 g 45 M.  
für Druckfachen bis 25 g 5 M., über 25 bis 50 g 10 M., über 50 bis 100 g 15 M., über 100 bis 250 g 25 M., über 250 bis 500 g 35 M., über 500 g bis 1 kg 45 M., über 1 bis 2 kg (nur für einzeln versandte, ungeteilte Druckbände zulässig) 90 M.  
für Aufhäftskarten, mit Grüssen oder dergl. mit höchstens fünf Worten 5 M.  
für Geschäftspapiere und Mitgeschendungen bis 250 g 25 M., über 250 bis 500 g 35 M., über 500 g bis 1 kg 45 M.; für Warenproben bis 250 g 25 M., über 250 bis 500 g 35 M.;  
Bücher bis 1 kg 50 M.;  
Palette

	bis 5 kg	Nahzone	Fernzone
über 5 bis 6	125 M.	150	250
6 bis 7	175 "	200	350 "
7 bis 8	200 "	225	400 "
8 bis 9	225 "	250	450 "
9 bis 10	250 "	310	500 "
10 bis 11	310 "	370	620 "
11 bis 12	370 "	430	740 "
12 bis 13	430 "	490	860 "
13 bis 14	490 "	550	980 "
14 bis 15	550 "	610	1100 "
15 bis 16	610 "	670	1220 "
16 bis 17	670 "	730	1340 "
17 bis 18	730 "	790	1460 "
18 bis 19	790 "	850	1580 "
19 bis 20	850 "		1700 "

für Postanweisungen bis 100 M. 12 M., über 100 bis 200 M. 20 M., über 200 bis 500 M. 30 M., über 500 bis 1000 M. 40 M., über 1000 bis 2000 M. 50 M., über 2000 bis 5000 M. 60 M., über 5000 bis 20000 M. 80 M. (Reisetr. betrag ist von 10000 M. auf 20000 M. erhöht).

Die Einschreibgebühr ist auf 20 M. festgesetzt. Für die Einbestellung sind bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Bestimmung nach dem Ortsbereichsgebiet 30 M., nach dem Landbereichsgebiet 90 M.; für bar eingezahlte Postkarten bis 100 M. einchl. 6 M., über 100 bis 200 M. einchl. 10 M., über 200 bis 500 M. einchl. 15 M., über 500 bis 1000 M. einchl. 20 M., über 1000 bis 2000 M. einchl. 25 M., über 2000 bis 5000 M. einchl. 30 M., über 5000 bis 20000 M. einchl. 40 M., für jede weitere 10000 M. oder einen Teil dieser Summe mehr 20 M.

Im Telegraphenverkehr sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramme: Grundgebühr 40 M. und außerdem für jedes Wort 20 M., für Ortstelegramme: Grundgebühr 20 M. und außerdem für jedes Wort 10 M.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lannenstr. 33.